

Initiative Togo Action Plus e.V. Berlin  
Colbestr.19  
10247 Berlin

## **Offener Brief an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Gauck zur Abschaffung der Residenzpflicht**

Bundespräsident  
Herrn Joachim Gauck  
Spreeweg 1  
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Berlin, den 01.11.2012

Wir sind die Initiative Togo Action Plus e.V. (ITAP) aus Berlin. Wir kämpfen für die Rechte von Geflüchteten, gegen Rassismus, Diskriminierung und gegen die Diktatur in Togo und in anderen Ländern in der Welt.

Wir möchten Ihnen mitteilen, dass in der BRD Geflüchtete, die in einem Asylbewerberheim wohnen, in der prekären Situation sind, ohne eine Erlaubnis – den sogenannten "Urlaubsschein" – nicht verreisen zu dürfen. Diese Regelung ist Teil der Residenzpflicht. Den Schein zu beantragen, kostet bei manchen Ausländerbehörden Geld.

Fünf Jahre hat es gedauert, bis Komi E. von ITAP e.V., der gegen die Ausländerbehörde des Landkreises Saalkreis Merseburg (Sachsen Anhalt) klagte, Recht bekam und seine Gebühr aufgehoben wurde. (siehe Anhang; Aktenzeichen: 2L44/10 – 1A 395/07 – HAL vom 26. Oktober 2011). Seit Jahren kämpfen die ITAP e.V und andere Gruppen für die Abschaffung der Residenzpflicht, aber ohne Erfolg, weil die PolitikerInnen es nicht wollen!

Zur Information, was Residenzpflicht beinhaltet:

Die Regelungen im Asylverfahrensgesetz entsprechen weitgehend den Regelungen für Geduldete im Aufenthaltsgesetz.

§ 56 „Räumliche Beschreibung“ :

(1) Die Aufenthaltsgestattung ist räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt, in dem die für die Aufnahme des Ausländers zuständige Aufnahmeeinrichtung liegt.

Wir in der ITAP e.V kritisieren die Residenzpflicht. Das Gesetz existiert in keinem anderen Land in Europa als in der BRD und verhindert die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten, die sowieso schon isoliert von der Bevölkerung sind. Sich zu bewegen ohne eine Erlaubnis dafür zu haben ist strafbar. Der erste Verstoß ist eine Ordnungswidrigkeit, mehrmaliger Verstoß ist eine Straftat und könnte der Grund für eine Abschiebung sein. Viele Geflüchtete sind betroffen. Das Gesetz ist rassistisch und diskriminierend!

Wie können die Geflüchteten sich emanzipieren und zusammen mit den Menschen in Deutschland leben?

Die Geflüchteten sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie leben in Lagern isoliert, psychisch zerstört und kriminalisiert. Die Bewegungsfreiheit gehört auch zur Freiheit und ist ein Menschenrecht. Das Gesetz zur Residenzpflicht ist gravierend, hat negative Auswirkungen auf Asylsuchende und kriminalisiert viele, die nichts weiter getan haben, als selbstverständlichen menschlichen Bedürfnissen nachzugehen. Sie werden durch ihre bloße Anwesenheit in anderen Landkreisen zu Straftätern. Die Residenzpflicht liefert Asylsuchende mit dieser zusätzlichen Kontrolle einmal mehr der Willkür der Polizeibeamten aus.

Die Residenzpflicht verletzt das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit, widerspricht dem Grundsatz der Menschenwürde (Grundgesetz Art. 1 „Die Würde aller Menschen ist unantastbar.“), der Gleichheit aller Menschen (Art. 3. „Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“) und dem Recht auf Schutz der Privatsphäre.

Die Residenzpflicht steht im Widerspruch zur Europäischen Menschen- und Völkerrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat und die allen das Recht auf Bewegungsfreiheit garantiert.

Die Praktizierung dieser gesetzlichen Regelung zerstört in einem schrittweisen Prozess, der oft über Jahre andauert, die Persönlichkeit und die Individualität jedes und jeder Betroffenen und stellt eine Bestrafung ohne irgendeine Straftat dar.

Die Residenzpflicht ist rassistisch und diskriminierend in Wort und Tat.

Sie bedeutet institutionellen Rassismus. Afrikaner werden oft allein auf Grund ihrer Hautfarbe kontrolliert. Passanten, die die Kontrolle miterleben sehen sie aufgrund dessen als potentiell Kriminelle. Diese Behandlung ist abschreckend. Der Afrikaner, der einen Bahnhof oder einen Park betritt, ist verdächtig. Der Refugeeprotest in Berlin am 13 Oktober ist bsw. auch ein großes Signal, dass die Geflüchteten sich frei bewegen wollen!

Wir schreiben Ihnen dies, um Sie zu informieren, wie dramatisch die Geflüchteten in der BRD leben und Ihr Recht auf Bewegungsfreiheit verletzt wird.

Sie engagieren sich für Menschenrechte und wir hoffen, Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Herz zu erreichen. Wir wünschen uns, dass Sie als Bundespräsident die Abschaffung der Residenzpflicht fordern und dran bleiben bis es erreicht ist.

Wir würden sehr über die Möglichkeit freuen, Sie zu treffen, um mit Ihnen über die prekäre Lage von Flüchtlingen hier in der BRD zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Komi E.